NRW: Neue Meldestellen gegen Diskriminierung starten am 17. März!

Nordrhein-Westfalen eröffnet Meldestellen zur Bekämpfung von Diskriminierung ab dem 17. März 2025. Fokus auf Rassismus und Queerfeindlichkeit.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 17. März 2025 die Eröffnung von vier neuen Meldestellen für rassistische Vorfälle und Queerfeindlichkeit angekündigt. Diese Initiative ist Teil eines umfassenden Ansatzes zur Bekämpfung von Diskriminierung und setzt einen wichtigen Akzent gegen antimuslimischen Rassismus und Antiziganismus. Für den Aufbau der Meldestellen wurden mehr als 1,5 Millionen Euro bereitgestellt, wobei für die Betreibung im Jahr 2025 jeweils 180.000 Euro eingeplant sind, berichtet **n-tv**.

Die Meldestellen, die erstmals in Nordrhein-Westfalen eingerichtet werden, sollen eine zentrale Anlaufstelle für betroffene Personen darstellen, um Diskriminierungserfahrungen

niedrigschwellig zu melden und sichtbar zu machen. Ziel ist es, das Dunkelfeld von Diskriminierung zu erhellen, da viele Vorfälle oft nicht zur Anzeige gebracht werden. Die Meldestellen selbst prüfen dabei keine Vorfälle auf ihre Strafbarkeit und haben keinen Verfolgungs- oder Sanktionierungsauftrag; betroffene Personen werden gebeten, sich für strafrechtliche Anzeigen an die Polizei zu wenden.

Meldestellen und ihre Träger

Zu den Themen, die in den neuen Meldestellen behandelt werden, gehören:

- Queerfeindlichkeit
- Antimuslimischer Rassismus
- Antiziganismus
- Anti-Schwarzer, antiasiatischer und andere Formen von Rassismus

Die Träger der Meldestellen wurden durch ein landesweites Interessenbekundungsverfahren ausgewählt. Unter anderem wird die Meldestelle für Queerfeindlichkeit von Queere Netzwerk NRW e.V. und weiteren Partnern betrieben. Die Meldestelle für antimuslimischen Rassismus wird von Interkultur e.V. sowie Coach e.V. geleitet, während die Meldestelle für Antiziganismus von PLANB Ruhr e.V. unterstützt wird. Der Aufbau weiterer Meldestellen wird das bestehende Angebot von 42 Beratungsstellen für von rassistischer Diskriminierung betroffene Personen ergänzen, wie **land.nrw** berichtet.

Ministerin Josefine Paul hebt die Bedeutung dieser Meldestellen hervor, da sie eine wichtige Rolle bei der Registrierung und Analyse von Diskriminierungsvorfällen spielen sollen. Ein abgestimmtes Datenbanksystem zur Erfassung der gemeldeten Fälle ist ebenfalls in Planung. Dies wird nicht nur die Sichtbarkeit von Diskriminierungsfällen erhöhen, sondern auch als Grundlage für zukünftige Forschungs- und Präventionsmaßnahmen dienen.

Wachsendes Bewusstsein für Diskriminierung

Die Notwendigkeit solcher Meldestellen wird durch die steigenden Zahlen von Diskriminierungsfällen unterstrichen. In den Jahren 2021 bis 2023 wurden über 20.600 Fälle von Diskriminierung bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gemeldet, wobei rassistische und antisemitische Diskriminierungen die häufigsten Meldungen darstellten, wie aus einem Bericht hervorgeht, den **antidiskriminierungsstelle.de** veröffentlicht hat. Schätzungen zufolge berichten zwischen 16 und 30 Prozent der Bevölkerung von Diskriminierung.

Die neue Initiative in Nordrhein-Westfalen ist somit nicht nur ein Bekenntnis zur Bekämpfung von Diskriminierung, sondern auch ein strategischer Schritt, um das gesellschaftliche Bewusstsein zu schärfen und die Betroffenen zu unterstützen. In einem Land, in dem die Dunkelziffer von Diskriminierung hoch ist, wird es entscheidend sein, wie erfolgreich diese Meldestellen arbeiten und welche Wechselwirkungen sie mit der bestehenden Rechtslage entfalten können.

Details	
Quellen	• **www.n-tv.de** • **www.land.nrw**

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net